



Foto: dpa/Shawn Thew

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

STANDPUNKT

Tayyip der Trickreiche

Velten Schäfer über das jüngste Manöver von Präsident Erdogan

Vergessen Sie »Feiercops« samt »Linkschaoten«: Der G20-Gipfel hat einen neuen Aufreger. Recep Tayyip Erdogan will ihn für einen öffentlichen Auftritt nutzen. Damit brüskiert er Berlin: Denn dort hat man sich festgelegt, das nicht zu erlauben. Bisher insistiert der Präsident. Und was wollte man tun, wenn er dabei bliebe? Ihn im Hotel festhalten?

Erdogan hat keine Wahl mehr zu gewinnen. Er demonstriert bloß seine Macht. Die EU braucht seine Küstenwache gegen die syrische Fluchtmigration. Die NATO braucht ihn als Flugzeugträger im Nahen Osten. Aus verwandten Gründen hofiert ihn aber auch Moskau. So kann er ungestraft westliche Journalisten einsperren und kommt selbst mit dem Abschuss eines russischen Jets recht billig davon. Das mache dem Trickreichen eine nach.

Längst nutzt Erdogan die NATO für seine eigene Großmachtspolitik. Die Drohung mit dem »Bündnisfall« macht ihn unangreifbar, doch ordnet er sich dem Westen nicht länger unter. Ins Bild passt sein Ausscheren aus der Front der prowestlichen Golfdiktaturen gegen das iranfreundliche Katar: Nicht Riad, nicht Teheran, sondern Ankara als muslimische Vormacht!

Nötig wäre eine offene Diskussion darüber, ob das wünschenswert ist. Eindämmen ließe sich Erdogan durch eine Restabilisierung in Damaskus. Dann herrschte wieder ein Patt im Kampf um die Führung im arabisch-islamischen Raum. Und Erdogan hätte weniger Handhabe, Merkel derart vorzuführen.

UNTEN LINKS

In einer Extra-Plenarsitzung vor der Sommerpause wird der Bundestag über die Ehekrise für alle abstimmen. Die Bundeskanzlerin war in einem Interview vom strikten Nein ihrer Partei abgerückt, weil Ehekrise doch »eher in Richtung Gewissensentscheidung« gingen. Die SPD setzte die flotte Parlamentsabstimmung durch, ist seither völlig aus dem Häuschen und will ihren Coup zum Hauptwahlkampfthema machen. Mit Grünen, FDP und Linkspartei streitet sie darüber, wer am längsten für die Ehekrise für alle gekämpft hat und ob diese nun »überfällig« oder »längst überfällig« sei. Horst Seehofer bezeichnete den Vorgang als »unwürdig«. Auch wenn einzelne Abgeordnete seiner Partei für die Ehekrise für alle stimmen würden, bleibe die krisenlose Ehe zwischen Mann und Frau das Leitbild der CSU. Die »Bild«-Zeitung besuchte das Paar, das die Kanzlerin »gedreht« hat: Boris (49) und Lilly (41) waren früher glücklich. Nun nicht mehr. Lilly sagte: »Boris ist schon lange gemein zu mir.« rst

Eheläuten im Bundestag

Ungewohnte politische Konstellationen bahnen unerwartete Gesetzesänderung an



Foto: mauritius

Berlin. Parteientaktik führte dazu, dass an diesem Freitag der Bundestag über die Ehe für alle entscheidet. Hals über Kopf geschieht dies, wenn man es an den Jahren bemisst, in denen es trotz mehrheitlicher Befürwortung im aktuellen Bundestag wie in der Bevölkerung nicht zu diesem Votum kam. Ganz ist der Widerstand in den Unionsparteien jedoch nicht verstummt, nachdem Kanzlerin Angela Merkel die Ehe für alle zu einer Gewissensentscheidung erklärte und der SPD die Möglichkeit schuf, in die Offensive zu gehen. Eine Gruppe von Abgeordneten prüft, ob eine abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht in

Karlsruhe wegen Unvereinbarkeit mit Artikel sechs des Grundgesetzes möglich ist. Dieses stellt Ehe und Familie unter den »besonderen Schutz der staatlichen Ordnung«.

Die Entscheidung wird die Gruppe damit nicht verhindern. Zu euphorisch sind SPD, LINKE und Grüne angesichts ihrer Chance, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Vielen ist daran vor allem wichtig, dass dies einmal gemeinsam geschieht; sie hoffen auf das Einläuten einer längerfristigen Liaison. Bereits am Morgen entscheidet das Plenum über den brisanten Tagesordnungspunkt. Auch Unionsabgeordnete, man spricht von einem Drittel der

Fraktion, dürften der vorgesehenen Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zustimmen. Mehr als eine Einfügung von sieben Worten ist rein juristisch nicht vorgesehen.

Am Ende des Tages wird sich die Mehrheit der Abgeordneten freuen, einen Fortschrittsdienst geleistet und Menschen glücklicher gemacht zu haben. Doch Ehe und Familie stehen damit längst nicht generell unter einem guten Stern. Zum Beispiel: Sobald sie über Grenzen hinweg geschlossen werden, entscheidet die Herkunft plötzlich über Glück und Unglück. Meist schon in Form eines Visums, das erteilt wird. Oder nicht. uka Seiten 2, 3 und 6

Hamburger Harmoniepegel sinkt

Merkel stimmt in Erklärung zum G20-Gipfel auf Konfliktbereitschaft auch auf höchster Ebene ein

Der G20-Gipfel in der nächsten Woche wirft seine Schatten voraus. Der Bundestag erhielt von der Kanzlerin eine Einstimmung, die Gegner in Hamburg eine von den Behörden.

Von Uwe Kalbe

»Wer glaubt, die Probleme dieser Welt mit Isolationismus und Protektionismus lösen zu können, der unterliegt einem gewaltigen Irrtum.« Ohne dass sein Name gefallen wäre, wussten die Abgeordneten des Bundestages, wem die Worte der Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung am Donnerstagmorgen galten. Angela Merkels Kritik an US-Präsident Donald Trump war auch wegen seiner angekündigten Kündigung des Pariser Klimaabkommens ungewohnt deutlich. Man werde nicht warten, bis auch der Letzte von den Ursachen des Klimawandels überzeugt werden konnte, sagte Merkel. »Das Pariser Ab-

kommen ist unumkehrbar und nicht verhandelbar.« Bei dem Staatentreffen am 7. und 8. Juli wird es vor allem um Klimaschutz und Freihandel gehen. Doch auch die Migrationsproblematik werde zur Sprache kommen, hieß es. »Wir brauchen die G20 dringender denn je«, so die Kanzlerin.

Was den Isolationismus von Politik angeht, so sind sich die Gegner des G20-Treffens allerdings darüber einig, dass der Gipfel auf seine Art selbst ein Beispiel ist. Entscheidungen über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg, etwa wenn es um die angebliche Bekämpfung von Fluchtursachen geht, kennzeichnen die Politik der am Gipfel teilnehmenden Staatenvertreter. Auch LINKE-Fraktionschef Dietmar Bartsch sprach den Staatenvertretern in seiner Bundestagsrede ab, für Stabilität und Zukunftsverantwortung zu stehen, sie seien »keine legitime Repräsentation für den gesamten Globus«.

Merkel räumte den Gipfelgegnern das Recht ein zu demonstrieren, aber dies müsse friedlich geschehen. Allein, die Stimmung der Angesprochenen sank am Donnerstag gen Nullpunkt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch das Recht der Demonstranten auf ein Protestcamp im Stadtpark im Prinzip bestätigt hatte, welches die Hamburger Behörden zuvor verboten hatten, blieb den Gipfelgegnern der Jubel tags darauf schnell im Halse stecken. Denn die vage formulierten Bedingungen und Auflagen, die das Gericht den Behörden gleichzeitig zur Entscheidung überlassen hatte, drohen das Camp nun neuerlich zu verhindern. Die Vorbereitungsgruppe des »Antikapitalistischen Camps« teilte nach einem geplatzen Vorbereitungstreffen mit der Hamburger Versammlungsbehörde am Nachmittag mit, die Polizei habe gar nicht über die grundlegende Infrastruktur des Camps – also

Toiletten, Zelte, Küchen – verhandeln wollen. Für zusätzliche Unruhe sorgten Hausdurchsuchungen am Donnerstagmorgen in Wohnungen und Büroräumen einer Gruppe von Gipfelgegnern. Sie wurden mit angeblicher Befürwortung von Gewalt in einem Interview begründet. Seite 5

Mehr über das Karlsruher Urteil und die Folgen für den Protest in Hamburg online: dasND.de/G20Razzia

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Globalisiert: Menschen und ihre Geschichten

Diskutiert: Das flache Abbild der Erdkugel

Finanziert: Die Banken und die Weltwirtschaft

Bundesregierung lehnt Auftritt Erdogans ab

Gabriel bestätigt offizielle Anfrage des türkischen Staatschefs

Berlin. Die Bundesregierung will ein vorläufiges Auftrittsverbot für den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan in Deutschland. Der geplante Auftritt am Rande des G20-Gipfels passe »nicht in die politische Landschaft« und sei angesichts der Konflikte mit der Türkei auch »nicht angemessen«, sagte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Donnerstag in Russland. Diese Haltung sei mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) abgestimmt, bestätigte ein Regierungssprecher in Berlin.

Nach Angaben von Gabriel stellte die Türkei eine offizielle Anfrage für einen Auftritt Erdogans. Nach dem Willen der Bundesregierung soll es drei Monate vor der Bundestagswahl aber keine Auftritte von Nicht-EU-Politikern in Deutschland geben, »die auch dem Ziel dienen, die innenpolitischen Konflikte eines anderen Landes nach Deutschland zu bringen«. Das gelte nicht nur für Politiker aus der Türkei, sagte Gabriel. AFP/nd

Polizei in Berlin räumt »Friedel 54«

500 Unterstützer demonstrieren für linken Kiezladen

Berlin. Die Berliner Polizei hat am Donnerstagvormittag den linken Kiezladen »Friedel 54« im Bezirk Neukölln geräumt. Mehrere hundert Beamte setzten in einem rund neunstündigen Einsatz das Amtshilfesuch des Gerichtsvollziehers gegen mehr als 500 Demonstranten durch. Über den Hinterhof des Nachbarhauses verschaffte sich die Polizei Zugang zum Haus. Abgeordnetenhausmitglied Georg Kössler (Grüne) warf der Polizei ein äußerst hartes Vorgehen gegen die Demonstranten vor.

Die Räumung des Kiezladens ist die erste eines größeren linken Projektes in Berlin seit 2011 und die erste größere unter dem rot-grünen Senat. Nach mehreren Besitzerwechseln gehört das Haus nun einer Luxemburgischen Briefkastenfirma, die laut Berliner Verwaltungsgericht über einen rechtskräftigen Räumungstitel verfügte. Mitarbeiter des Kiezladens werfen dem Bezirk Neukölln vor, im vergangenen Jahr das Vorkaufsrecht für das Haus nicht genutzt zu haben. ais Seite 11

Italien droht mit Hafensperre

Rom verlangt mehr EU-Hilfe für ankommende Flüchtlinge

Rom. Hilfsorganisationen haben eine von Italien angedrohte Hafensperre für Flüchtlingschiffe kritisiert. »Wir sind uns bewusst, dass sich die Lage der Flüchtlinge und Migranten im zentralen Mittelmeer in den letzten Jahren extrem verschlechtert hat, und dass Italien zu lange an der Frontlinie dieser humanitären Katastrophe steht und eine koordinierte Antwort europäischer Staaten braucht«, erklärten die Seerettter von SOS Mediterranée am Donnerstag. Die Häfen für Menschen zu schließen, die vor Gewalt, Krieg und Armut flüchteten, sei jedoch keine Lösung. Italien hatte ein Hafenverbot für ausländische Rettungsboote ins Gespräch gebracht, falls andere EU-Staaten Italien nicht endlich konkret unterstützen würden.

Eine deutsche Hilfsorganisation hat nach dem extrem vielen Rettungen von Tausenden Flüchtlingen im Mittelmeer einen Hilferuf abgesetzt. Das Boot der Sea-Watch sei vollkommen überladen, »wir sind am Ende unserer Kräfte«, schrieb die Organisation am Mittwoch. dpa/nd Kommentar Seite 4

